

Wahlprüfstein DIE LINKE

**BaG Werkstätten für behinderte Menschen
Sonnemannstr. 5
60314 Frankfurt (Main)**

Behindertenpolitik

1. Barrierefreiheit beginnt im Kopf. Die UN-Konvention fordert für Menschen mit Behinderungen ein verbessertes "Zugehörigkeitsgefühl" zum gesellschaftlichen Leben. Wie wird Ihre Partei dabei helfen, dies zu erreichen?

DIE LINKE setzt sich dafür ein, Selbstbestimmung als dominierendes Prinzip in der Behindertenpolitik zu verankern und unterstützt den Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderungen. Chancengerechtigkeit soll hergestellt und Barrieren – auch in den Köpfen vieler nicht behinderter Menschen – müssen abgebaut werden. Das Prinzip der barrierefreien Zugänglichkeit, die am Ende allen Menschen nutzt, fördert den solidarischen Zusammenhalt. Inklusion ist für uns der Begriff, der am besten beschreibt, wie Menschen mit Behinderungen voll respektiert in der Gesellschaft leben könnten.

2. Wettbewerbsrecht wird zunehmend auch auf den Bereich der Rehabilitation angewandt. Ist Ihre Partei mit uns der Meinung, dass die Rehabilitation behinderter Menschen zu den Kernaufgaben unseres Sozialstaats gehört und nur einem Wettbewerb der Qualität unterliegen sollte?

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach umfassenden Rehabilitationsmöglichkeiten für behinderte und kranke Menschen. Ein Qualitäts-Wettbewerb" ist dabei wünschenswert. In der Regel erfolgt der Wettbewerb aber über den Preis. Darunter leiden die Patientinnen und Patienten, aber auch die Beschäftigten der Reha-Einrichtungen. Diese Situation wird sich unter den Vorzeichen der globalen Finanzkrise noch weiter verstärken. Dagegen kämpfen wir an.

3. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, damit mehr Unternehmen der Erwerbswirtschaft Menschen mit Behinderungen einen Praktikumsplatz, einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz anbieten können?

DIE LINKE favorisiert arbeitsplatzschaffende, begleitende und erhaltende Maßnahmen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Insbesondere sollen die Möglichkeiten der barrierefreien Umgestaltung von Arbeitsstätten, von (ggf. dauerhaften) Lohnkostenzuschüssen, (besser als bisher bezahlter) Arbeitsassistenz und verschiedenen Formen geschützter Einzelarbeitsplätze bzw. Abteilungen in regulären Betrieben ausprobiert und angewandt werden.

Ist Ihre Partei mit uns der Meinung, dass ein Rechtsanspruch auf eine Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen weiterhin ohne Einschränkung bestehen sollte?

Diesen Anspruch auf Beschäftigung für geistig und mehrfach behinderte Menschen halten wir für richtig. Er darf auf keinen Fall aufgegeben werden. Gleichzeitig müssen aber auch Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem regulären Arbeitsmarkt geschaffen werden und dazu individuelle Beratungen und Vermittlungen erfolgen.

Angesichts des Diskriminierungsverbotes ist für behinderte Menschen in Werkstätten eine zumindest dreijährige berufliche Bildung erforderlich. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dieses Ziel im Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen verbindlich werden zu lassen?

Menschen mit Behinderungen müssen eine individuelle Betreuung und Förderung in den Werkstätten erhalten. Eine pauschale Forderung einer dreijährigen Berufsausbildung lehnen wir ab.

Werden Sie uns dabei unterstützen, für mehr Menschen aus Werkstätten Möglichkeiten zu schaffen, sich zu qualifizieren und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten?

Dazu ein klares Ja mit dem Verweis auf die Antwort zu Frage Nr. 3

Stehen Sie mit uns dafür ein, staatliche Nachteilsausgleiche für die Einstellung von Werkstattbeschäftigten einzuführen, z.B. finanzielle Zuschüsse an Arbeitgeber?

DIE LINKE kämpft für dauerhafte Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Neben einer persönlichen Assistenz sollten deshalb auch stärkere Anreize geschaffen werden, um Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen zu ermutigen. Darüber hinaus brachte DIE LINKE. einen Antrag zur Schaffung eines Nachteilsausgleichsgesetzes (Bundestagsdrucksache 16/36989) in den Bundestag ein, um die Teilhabe in allen Lebensbereichen zu gewährleisten. Unser Antrag wurde leider abgelehnt.

Werden Sie Werkstätten dabei unterstützen, auch für schwerstbehinderte Arbeitnehmer Integrationsplätze zu schaffen?

Wer Integration ernst nimmt, muss die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in "normalen" Betrieben unterstützen. Aus Sicht der Linken sind die gesetzlichen Grundlagen für die Integrationsfachdienste zu unübersichtlich. Damit mehr Menschen gefördert werden können, müssen die Regeln transparenter werden.